

**Antrag an die Landesversammlung der Europa-Union NRW
am 15. September 2018 in Steinfurt**



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Antrag Nr. 3.0

Europa und Kommunen

Antragsteller:	Landesvorstand der Europa-Union NRW
Ersteller:	Heinz-Wilhelm Schaumann

Die Landesversammlung der Europa-Union NRW möge beschließen:

Europa und die Kommunen

Die Europa-Union NRW sieht in den Kommunen das wichtigste Fundament einer erfolgreichen Europäischen Integration. Daher gilt es, das Zusammenwirken der kommunalen mit der europäischen Ebene als Priorität in den Fokus der Arbeit der Europa-Union NRW zu setzen. Kommunen waren und sind auch weiterhin wichtige Kooperationspartner der Europa-Union NRW. Diese Zusammenarbeit gilt es in unterschiedlichen Bereichen zu verstärken. Insbesondere strebt die Europa-Union NRW eine intensive Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden in NRW an.

Die nachstehenden 16 Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebunds für eine erfolgreiche Europäische Integration werden von der Europa-Union NRW nachdrücklich unterstützt:

Abschnitt A – In der Europäischen Union

1. In der EU politische Verantwortung für die Kommunen schaffen!

In der EU muss politische Verantwortung und Verantwortlichkeit für die Städte und Gemeinden geschaffen werden! Positives Beispiel hierfür ist, dass die Gruppen der Europaabgeordneten der Union und der SPD kommunalpolitische Sprecher bestimmt haben. Diesem Beispiel müssen die anderen Gruppen im Europäischen Parlament folgen. Auch in der EU-Kommission muss es einen für die Städte und Gemeinden als Partnerinnen der EU verantwortlichen Kommissar geben. Alle Dienststellen der EU müssen angehalten werden, in ihrer Arbeit die Städte und Gemeinden im Blick zu haben und deren kommunales Selbstverwaltungsrecht zu achten. Der Präsident des Ausschusses der Regionen und Kommunen der EU sollte regelmäßig zur Teilnahme an den EU-Ratsgipfeltreffen eingeladen werden.

2. Partnerschaft zwischen EU und Kommunen sichern!

Viel zu lange hatte man in den Städten und Gemeinden das Gefühl, dass von Brüssel aus über sie hinweg regiert wird. Dem gegenüber muss ein Modell des partnerschaftlichen Zusammenwirkens aller demokratisch legitimierten Ebenen verwirklicht werden: Der EU, des Bundes, der Länder und der Kommunen. In allen diesen Ebenen muss gegenseitiger politischer Respekt herrschen und die Frage bei allen politischen und gesetzgeberischen Entscheidungen gestellt und beantwortet werden, was diese jeweils für die anderen Ebenen

39 bedeuten. Der partnerschaftliche Dialog und die Konsultation mit den kommunalen
40 Spitzenverbänden muss in den EU-Institutionen verstetigt und weiter ausgebaut werden.

41

42 **3. Gelebte Subsidiarität garantiert Bürgernähe!**

43

44 Die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind keine bloßen juristischen
45 Begriffe. Ihre Einhaltung und Überwachung sind ein Weg zu Bürgernähe in Europa! Es muss
46 garantiert werden, dass die Allzuständigkeit der Gemeinden für die örtlichen Fragen nicht
47 durch die EU beeinträchtigt wird. Die Kommunen wissen mit ihrem Selbstverwaltungsrecht
48 am besten, was und wie vor Ort zu regeln ist. Wir fordern, dass es im jährlichen
49 Subsidiaritätsbericht der EU ein explizites Kapitel über die Rolle der Kommunen und die
50 Achtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts gibt! Alle EU-Gesetze müssen in ihrer
51 Begründung gehaltvolle Darlegungen zur Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit mit Blick auf
52 die Städte und Gemeinden enthalten. Dies gilt vor allem für administrative und Kosten-
53 folgen. Umgekehrt erwarten die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden,
54 dass Europa handlungsstark und effektiv die europäischen Fragen und Herausforderungen
55 angeht und meistert! Eine starke EU ist unser aller Garant für Sicherheit, Wohlstand und
56 Wachstum, wenn sie die ihr übertragenen europäischen Zuständigkeiten anpackt und
57 umsetzt. Das gilt auch und nicht zuletzt für die Migrationspolitik.

58

59 **4. Kommunale Daseinsvorsorge schützen!**

60

61 Die Städte und Gemeinden geben den Menschen Heimat. Das gilt auch und gerade in der
62 Internationalisierung. Die Menschen erleben Europa vielfach in ihrer Gemeinde, vor Ort.
63 Allerdings auch in negativer Weise, wenn Städte und Gemeinden und deren kommunale
64 Unternehmen um starke und hochwertige kommunale Daseinsvorsorgeleistungen im
65 Europäischen Binnenmarkt kämpfen müssen. Die EU muss akzeptieren und verinnerlichen,
66 dass kommunale Daseinsvorsorge kein Hindernis für einen erfolgreichen EU-Binnenmarkt
67 ist, sondern dessen Voraussetzung. Das EU-Wettbewerbs- und Beihilfenrecht muss auf die
68 zwingend nötigen Vorschriften zum Schutze der europäischen Märkte reduziert werden.
69 Schwellenwerte in diesen Rechtsbereichen müssen erhöht, Verwaltungsverfahren
70 vereinfacht, regionale nachhaltige Wirtschaftskreisläufe in einer mittelstandsfreundlichen
71 Ausgestaltung als Kernelement einer prosperierenden Wirtschaft gestärkt werden.

72

73 **5. Städtepartnerschaftsarbeit fördern – Europäisches Bewusstsein schaffen!**

74

75 Die Städte und Gemeinden fordern: Die EU muss 1 Euro pro Einwohner im Jahr zur
76 Förderung der kommunalen Partnerschaftsarbeit ausgeben! Städtepartnerschaften sind
77 gelebter europäischer Gemeinsinn und Völkerverständigung im wörtlichen Sinne. Beginnend
78 bei Schüleraustauschen, über Bürgerbegegnungen bis hin zur Zusammenarbeit der
79 Unternehmen ist eine aktive kommunale Partnerschaftsarbeit in Europa von unschätzbarem
80 Wert und eine konkrete Möglichkeit, ein europäisches Bewusstsein zu schaffen.

81

82 **6. Regionalpolitik zukunftsgerecht weiterentwickeln!**

83

84 Die europäische Regionalpolitik muss beibehalten und gestärkt werden! Sie schafft einen
85 Mehrwert in den Regionen und Kommunen und aktiviert vor Ort für Europa. In der EU
86 beginnt aktuell die Debatte um die Zukunft der EU-Regionalfonds für den Zeitraum nach
87 2019. Die EU-Förderfonds müssen auf den Prüfstand, ob durch sie ausreichend in
88 Innovation und zukunftsorientierte Infrastruktur wie Breitband und Digitalisierung investiert
89 wird. Auch nach einem Brexit müssen die europäischen Fördertöpfe handlungsstark
90 ausgestattet sein!

91

92

93 **Abschnitt B – Im Bund und in den Ländern**

94

95 **7. Kommunen in Europa auf eine politische Agenda!**

96

97 In der Bundesregierung und in den Landesregierungen, im Deutschen Bundestag, dem
98 Bundesrat und den Landtagen gilt gleichermaßen: Bei europapolitischen Mit-
99 Entscheidungen gehören die Städte und Gemeinden und das kommunale
100 Selbstverwaltungsrecht auf die Agenda! In den Ministerien und in den Fraktionen muss es
101 Ansprechpartner für kommunale Europabelange geben. Die kommunalen Spitzenverbände
102 müssen informiert und konsultiert werden.

103

104 **8. Europagesetzgebung vom Konnexitätsprinzip erfassen!**

105

106 Die Umsetzung von EU-Vorgaben kostet oft viel Geld, nicht zuletzt kommunales Geld. Diese
107 Umsetzung wird aber regelmäßig nicht von den Konnexitätsregelungen in den Ländern
108 erfasst. Das muss sich ändern, zudem die Länder über den Bundesrat sehr wohl eine starke
109 Mitwirkungsstellung in der EU haben und deren Gesetzgebung mitverursachen.

110

111 **9. Kommunale Europavertretung ausbauen!**

112

113 In den Ausschuss der Regionen und Kommunen der EU müssen mehr Kommunalpolitiker
114 und Kommunalpolitikerinnen aus Deutschland entsandt werden! Nur drei kommunale der
115 insgesamt 24 Sitze in der deutschen AdR-Delegation spiegeln nicht die Bedeutung der
116 Kommunen in Deutschland angemessen wider.

117

118 **10. Europakompetenz stärken – Europa in die Lehrpläne!**

119

120 Die Europakompetenz der Kommunen muss weiter gestärkt werden. Vorbildhafte Projekte
121 wie die der Europaaktiven Kommune in NRW müssen fortgeführt und auch in andere Länder
122 übertragen werden. Europa und europäische Integration müssen Inhalt in den Lehrplänen
123 und Prüfungsthemen der Auszubildenden für den öffentlichen Dienst, aber auch in den
124 weiterführenden Schulen sein!

125

126 **11. Zusammenarbeit der Kommunen fördern!**

127

128 Die Förderung der Städtepartnerschaftsarbeit, aber auch der kommunalen
129 Entwicklungszusammenarbeit müssen Bestandteile der Bundes- und Landespolitik sein.
130 Dabei sollte die Jugend- und Bürgerbegegnung im Vordergrund stehen, ergänzt um die
131 inhaltliche und thematische Kooperation vor allem bei der Verwirklichung der
132 Nachhaltigkeitsziele.

133

134 **12. Europa in der Verbandsarbeit verankern!**

135

136 Europäisches Engagement muss die Arbeit der repräsentativen und gesellschaftlich
137 wirksamen Verbände und Institutionen mitprägen, nicht zuletzt auch der kommunalen
138 Spitzenverbände selbst. Europa muss in der Verbandsarbeit verankert werden. Im
139 Veranstaltungskalender, in der politischen Positionsbestimmung und bei der Vorbild- und
140 Multiplikatorenrolle, die die repräsentativen Verbände wahrnehmen.

141

142

Abschnitt C – In den Städten und Gemeinden

13. Städtepartnerschaftsarbeit stärken – Die Menschen für Europa gewinnen!

Nicht zuletzt können die Städte und Gemeinden selbst aktiv zu einem erfolgreichen Europa beitragen. Städtepartnerschaften sind dafür ein Anknüpfungspunkt, der in den Städten und Gemeinden gepflegt und gefördert werden sollte. Aus der Kommunalpolitik heraus sollte die Städtepartnerschaftsarbeit in Kooperation mit den Vereinen und Schulen aufgegriffen und der jungen Generation vermittelt werden. Vor Ort können die Menschen für Europa gewonnen werden. Durch die Kommune und in Kooperation mit Verbänden und Institutionen.

14. Europatag in den kommunalen Veranstaltungskalender!

Ein Europatag oder eine Europawoche sollte sich in dem Veranstaltungskalender jeder Stadt und Gemeinde finden! Gäste aus Partnerkommunen, Volksfeste, Kulturaustausch, Jugend- und Bürgerbegegnung können die Menschen für Europa ebenso ansprechen, wie die politische Diskussion zu europäischen Themen.

15. Europa-Ansprechpartner in Rathäusern & Ratsfraktionen!

Europaarbeit braucht Köpfe und Hände. Auch in den Städten und Gemeinden. Sowohl Ratsverwaltungen, als auch Ratsfraktionen sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Ansprechpartner für das Thema „Europa in meiner Gemeinde“ benennen. Diese können als Multiplikatoren und Anlaufstelle für ein europäisches Engagement einen wirksamen Beitrag liefern. Vielen Städten und Gemeinden wird es dabei nicht möglich sein, ein kommunales Europabüro einzurichten. Aber auch mit wenigen Mitteln kann für Europa in der Summe viel bewirkt werden.

16. Auf nach Brüssel und Straßburg - mitmachen!

Städte und Gemeinden sollten aktiv auf die Europapolitiker und -politikerinnen in ihrer Region zugehen! Abgeordnete des Europaparlaments oder europapolitische Sprecher in den Landtagen und im Deutschen Bundestag können Europapolitik aktiv und plastisch vermitteln und Forderungen an diese entgegennehmen. Bürgermeisterkonferenzen sollten zudem in ihren Veranstaltungskalender auch einmal eine Studienreise nach Brüssel oder nach Straßburg einplanen. Um Europa auch dort aus einer europäischen Perspektive zu erleben. Europäisches Engagement muss die Arbeit der repräsentativen und gesellschaftlich wirksamen Verbände und Institutionen mitprägen, nicht zuletzt auch der kommunalen Spitzenverbände selbst. Europa muss in der Verbandsarbeit verankert werden. Im Veranstaltungskalender, in der politischen Positionsbestimmung und bei der Vorbild- und Multiplikatorenrolle, die die repräsentativen Verbände wahrnehmen.

Zur praktischen Umsetzung und Fortsetzung der Diskussion dieser 16 Forderungen setzt die Europa-Union NRW einen Landesarbeitskreis „Europa und Kommunen“ ein. Die Kreis-, Stadt- und Ortsverbände der Europa-Union NRW sind dazu aufgerufen, diese 16 Forderungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zur Diskussion zu stellen. Dabei soll ein besonderes Augenmerk im Austausch mit haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern liegen. Erfahrungen, Meinungen und Kommentare werden vom Landesarbeitskreis zusammengetragen und regelmäßig ausgewertet. Ein Experten-Pool zum Thema „Europa und Kommunen“ soll zusammengestellt werden, damit Ansprechpartner für interessante Veranstaltungen der Kreis-, Stadt- und Ortsverbände aber auch andere Organisationen und Verbände seitens der Europa-Union zur Verfügung stehen. In Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindebund NRW sollen hier Multiplikatoren

198 geschult werden. Zu einzelnen Fragen der Kommunalpolitik mit europäischer Dimension
199 sollen regelmäßig Positionen durch den Landesarbeitskreis vorbereitet und den Organen der
200 Europa-Union NRW zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Kreis-,
201 Stadt- und Ortsverbände sind aufgerufen, entsprechende inhaltliche Impulse in den
202 Landesarbeitskreis „Europa und Kommunen“ einzubringen.

203

204 **Wenn Europa in den Kommunen belebt und aktiviert wird, besteht eine realistische**
205 **Chance, den Europäischen Integrationsprozess erfolgreich fortzusetzen!**

206

Begründung (ist bei einer Verabschiedung NICHT Teil des Beschlusses):

207 erfolgt mündlich